# mnasium aktuell

# Grandioser Fehlstart ins neue Schuljahr 📙

Was ist uns in den letzten Monaten von der neuen Landesregierung nicht alles versprochen worden: eine Unterrichtsversorgung von 100%, eine geringere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, die Wiederherstellung der Altersermäßigung, die Entlastung von bürokratischen Aufgaben, und dazu noch die Zusicherung, es gebe in diesem Schuljahr keine Abordnungen mehr. Doch geblieben ist davon so gut wie nichts.

So bestimmen zum Schuljahresbeginn eine vom Land zu verantwortende mehr als problematische Unterrichtssituation mit Unterrichtskürzungen und Stundenausfall, nochmals erhöhte Abordnungszahlen, eine zu hohe Arbeitszeit und schlechte Lern- und Arbeitsbedingungen die Realität in unseren Schulen. Demnach: In Niedersachsen nichts Neues - so die mehr als bedrückende Lage für Schüler, Eltern und Lehrer zum Schuljahresauftakt.

#### Angebliche Entspannung bei Lehrereinstellungen ist reine Fiktion

Auch wenn Ministerium und Landesregierung uns dies nur allzu gerne glauben machen möchten – bei den Lehrereinstellungen gibt es die behauptete Entspannung ebenfalls nicht – ganz im Gegenteil. Die Zahl von 1850 neu eingestellten Lehrern bei 2000 ausgeschriebenen Stellen scheint zunächst erfreulich, ist in Wahrheit aber mehr als irreführend – denn bereits im Juni hatte das Ministerium eingestehen müssen, dass eigentlich 2400 Stellen hätten ausgeschrieben werden müssen.

Damit sind im neuen Schuljahr de facto 550 Lehrerstellen nicht besetzt. Und ebenso wird verschwiegen, dass viele der jetzt eingestellten Lehrkräfte in Teilzeit arbeiten werden, so dass die Zahl der tatsächlich erteilten Unterrichtstunden bei weitem nicht den Umfang erreichen wird, der zu der vielfach beschworenen durchgreifenden Verbesserung der Unterrichtssituation an den niedersächsischen Schulen führen könnte.

#### Ausmaß der Abordnungen übertrifft schlimmste Befürchtungen

Noch schlimmer verhält es sich bei den Abordnungen: Er würde, so versprach der Kultusminister, die unsäglichen Abordnungskarawanen stoppen - die Abordnungen an andere Schulformen würden in diesem Sommer praktisch beendet. Dass dies nicht stimmen konnte, hatten wir bereits im Juni anhand eigener Recherchen aufgedeckt und scharf kritisiert.

Die Zahlen, die dann aber auf gemeinsamen Druck von FDP und Philologenverband ans Tageslicht kamen, können angesichts der monatelangen gegenteiligen Beteuerungen des Ministers nur fassungslos machen und kommen einem Offenbarungseid gleich: Die Gymnasien müssen im Vergleich zum August 2017 statt bisher schon knapp 5.500 Stunden nunmehr etwa 9.000 Stunden an andere Schulformen abordnen, was einer Erhöhung um fast 65% entspricht. Dabei steigen die bisher schon hohen Abordnungen an Grundschulen nochmals um knapp 20% auf 2653 Stunden, und die Abordnungen an Haupt-/Real-/Oberschulen und Gesamtschulen werden sogar verdoppelt und steigen auf unglaubliche 6330 Stunden.

Insgesamt ergibt sich so eine deutliche Verschlechterung bei den Abordnungszahlen einzig der Aufschrei der Empörung ist kleiner als vor einem Jahr. Dies als

Zeichen von Entspannung zu deuten, zeugt allerdings von befremdlicher Realitätsferne: es ist vielmehr ein bedrückendes Zeichen der Resignation und Frustration, die inzwischen bei Eltern und Lehrkräften herrscht.

## Unterrichtsausfall und Kürzungen: Fatale Folgen für Schüler und Lehrer

Angesichts dieser nicht zu leugnenden schlechten Zahlen versuchte es der Minister bei seinem Auftritt vor der Presse zu Schuljahresbeginn mit dem probaten Mittel, öffentlich Einsicht zu zeigen und zu jedem Thema, zu jeder Zahl, die er nannte, zu betonen, dass die Situation auch für ihn alles andere als zufriedenstellend sei. Grundsätzlich gilt natürlich, dass Einsicht der beste Weg zur Besserung ist – doch auf die warten wir schon lange vergebens.

Wie erklärt es sich sonst, dass er mit keinem Wort die verhängnisvollen Konsequenzen an den Schulen erwähnte: Nichts zu den zahlreichen Meldungen aus den Schulen, die von Kürzungen und Ausfall nicht nur bei Arbeitsgemeinschaften und Ganztagsangeboten, bei Förderunterricht oder Sprachunterricht, sondern auch beim Pflichtunterricht berichten – keine Silbe zu den pädagogisch unsinnigen Zusammenlegungen von Klassen und großen Kursen, weil entgegen rein statistisch ausreichender Versorgungswerte in der Realität zu wenig Lehrerstunden vorhanden sind.

#### Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen: Minister muss endlich handeln

Das von Tonne praktizierte ,mea culpa' ersetzt keinesfalls die Erwartungen, die wir zusammen mit den Schülern, deren Eltern und den Lehrkräften haben. Die Probleme müssen endlich schonungslos benannt werden: zu hohe Arbeitszeit, schlechte Arbeitsbedingungen, zu geringe Altersermäßigung, fehlende Anrechnungsstunden, fehlende Beförderungsstellen – die Aufzählung ließe sich fast beliebig verlängern und zudem mit drängenden schul- und bildungspolitischen Fragen erweitern. Von all dem ist aber zum Schuljahresbeginn bei Tonne nicht die Rede. Neue Programme wie "Schule (PLUS)" oder die Diskussionsveranstaltungen "Bildung 2040", deren Ergebnisse 2022 (!!!!) vorgestellt werden sollen, mögen gut klingen – sie helfen aber nicht aus dem augenblicklichen Dilemma.

Dies gilt auch für die angekündigte Imagekampagne für den Lehrerberuf, die deutlich zu kurz greift: Mit einem geplanten

## Verweigerung von Anrechnungsstunden in A 14: Philologenverband hat Klagen gegen das Land eingereicht

Die offenkundig rechtswidrige Verweigerung von Anrechnungsstunden für Oberstudienräte an Gymnasien zum Ausgleich für den mit ihren Funktionsaufgaben verbundenen hohen Zeitaufwand wird jetzt die Gerichte in Niedersachsen beschäftigen.

#### Land verharrt in Verweigerungshaltung

Zuvor waren die politischen Gespräche völlig ergebnislos verlaufen – Minister Tonne und sein Haus zeigten sich beratungsresistent und verharrten trotz der juristischen Bauchlandung im Juni 2015 vor dem OVG Lüneburg, die den Beteiligten noch in lebhafter Erinnerung sein sollte, in einer unverständlichen Verweigerungshaltung. Der Verband hat daher erneut den Klageweg beschritten. Wie das bei dem renommierten Verfassungsrechtler Prof. Dr. Battis durch den Philologenverband eingeholte Rechtsgutachten ergeben hatte, verstößt die derzeitige Praxis des Landes, Oberstudienräten an Gymnasien für ihre umfangreichen zusätzlichen Aufgaben einen zeitlichen Ausgleich zu verweigern, sowohl gegen die Fürsorgepflicht aus Art. 33 Abs. 5 GG als auch gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG.

#### Funktionsinhaber in A 14 hoch belastet



Alle Klageschriften unserer Musterkläger sind eingereicht. Dabei wurde nochmals deutlich, in welch unglaublicher Form Funktionsinhaber in A14 oft zahlreiche, höchst umfangreiche Aufgaben zu erfüllen haben, für die sie keinerlei zeitlichen Ausgleich durch Anrechnungsstunden erhalten – eine wirklich skandalöse Praxis in Niedersachsen, die wir mit unseren Klagen auf der Grundlage des eindeutigen Gutachtens

von Prof. Dr. Battis jetzt endlich beenden wollen. Die Anträge aller weiteren Lehrkräfte mit Funktionsaufgaben in A14 auf Anrechnungsstunden sollten inzwischen von den Schulbehörden, wie mit uns vereinbart, bis zur Entscheidung über die Klagen ruhend gestellt worden sein.

#### Schulbehörde braucht Monate zur Stellungnahme

Die Gerichte haben nach Eingang der Klageschriften die zuständigen Schulbehörden zur Stellungnahme aufgefordert – doch sie sehen sich nicht in der Lage, fristgemäß Stellung zu nehmen und haben bei den Gerichten Fristverlängerungen beantragt, so dass nicht vor Mitte Oktober mit einem Fortgang zu rechnen ist – ein Vorgehen, das wir schon von unserer erfolgreichen Klage gegen die Erhöhung unserer Unterrichtsverpflichtung kennen. Man stelle sich vor, wir würden so arbeiten, z.B. bei der Terminenge bei der Korrektur von Abituraufgaben! Oder sollte es sich hierbei gar um eine bewusste Verzögerungstaktik handeln?

digitalen Informationsportal werden sich potenzielle Lehramtsstudenten nicht überzeugen lassen, sondern nur mit nachhaltigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen im Lehrerberuf. Dass hier vieles im Argen liegt und das Land sogar seine Fürsorgepflicht sträflich verletzt, zeigen allein schon unsere aktuellen Klagen bei den Verwaltungsgerichten zur Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit muss spürbar gesenkt, die Arbeitsbedingungen müssen verbessert

werden – dies ist der wesentliche Schlüssel für die Attraktivität des Lehrerberufs. Niemand erwartet, dass dies mit einem einzigen Federstreich getan sein kann. Aber wir erwarten und fordern, dass endlich nicht nur geredet wird, sondern den vielen freundlichen Worten umgehend die dringend erforderlichen und überfälligen Taten folgen. Ansonsten werden wir in einem Jahr vor einem noch größeren Berg ungelöster Probleme stehen.

## Mit Kultusminister Tonne im Gespräch

### Guter und konstruktiver Gedankenaustausch zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen

Unterrichtskürzungen, Abordnungen sowie die schlechten Lern- und Arbeitsbedingungen bestimmen nach wie vor unseren schulischen Alltag – Grund für den Philologenverband, gleich zu Beginn des neuen Schuljahres Kultusminister Tonne in einem persönlichen Gespräch die Realität an unseren Schulen darzustellen, die er einfach kennen muss, will er zu den notwendigen Korrekturen und erforderlichen Verbesserungen für unsere Schulen kommen.

## Ungerechtes Verfahren der Berechnung der Unterrichtsversorgung

Anlass für dieses Gespräch gab es zuhauf: Das sehen wir beispielsweise allein schon an den jüngsten Verlautbarungen des Ministers vor den Medien, dass das Gymnasium mit einer Unterrichtsversorgung von voraussichtlich 100% "erneut die am besten versorgte weiterführende Schulform" ist. Dass diese Aussage mehr als irreführend ist, weiß jeder, der sich in Schule auskennt denn diese vermeintlich positive Meldung geht von der irrigen Voraussetzung aus, die Berechnung der Unterrichtsversorgung sei über die Schulformen hinweg vergleichbar, womit gleichsam ebenso fälschlicherweise suggeriert werden soll, damit sei am Gymnasium "alles bestens in Ordnung".

In unserem ebenso guten wie sehr konstruktiven Gespräch mit dem Minister und dem Leiter des Gymnasialreferats im Kultusministerium, MR Stein, zeigte sich sehr schnell, dass der Minister unsere kritische Auffassung teilt: Er wolle daher das Berechnungsverfahren der Unterrichtsversorgung zukünftig an "neuen Indikatoren" orientieren. Hier sind wir hellhörig – denn was verbirgt sich dahinter? Und so werden wir aufpassen müssen, dass die besonderen Erfordernisse eines auf das Abitur ausgerichteten Unterrichts den ihnen zukommenden Stellenwert behalten. Kurz: Besondere Wachsamkeit scheint uns geboten angesichts der derzeitigen, auf sachwidrige Egalisierungen allenthalben ausgerichteten schulpolitischen Bestrebungen und Zielsetzungen.

Ob es sinnvoll ist, sich "neuer Indikatoren" zu bedienen, ist die Frage – einen ersten und vordringlichen Schritt zur Lösung des Problems sehen wir jedenfalls darin, und das haben wir dem Minister auch unmiss-



von links: Kultusminister Grant Hendrik Tonne, Helga Olejnik und Verbandsvorsitzender Horst Audritz.

verständlich dargelegt, umgehend Korrekturen an der bisherigen Berechnung der Unterrichtsversorgung vorzunehmen, damit für offensichtlich gleiche Sachverhalte und Erfordernisse an Schulen auch die gleichen Lehrerstundenzuweisungen erfolgen – schon so würde sich manche Abordnung von Gymnasien an andere Schulformen, z. B. an die Grundschulen, erübrigen.

## Tausende von Flexi-Überstunden an den Gymnasien

Noch aus einem anderen Grund ist die Situation in den Gymnasien wesentlich schlechter als das MK einer uninformierten Öffentlichkeit suggeriert: Dort haben sich inzwischen Tausende von Flexi-Überstunden angesammelt, weil die Lehrer an ihren Schulen in Notsituationen Unterrichtsausfall verringern wollten oder mussten. Diese Berge von Überstunden, die sich dabei im Laufe der Jahre angehäuft haben, werden aber bei Lehrerzuweisungen und Abordnungen überhaupt nicht berücksichtigt. Schlimmer noch: Jahrelang hat sich Tonne's Amtsvorgängerin Heiligenstadt – trotz ständiger Mahnungen unsererseits - beharrlich geweigert, die Zahl dieser Flexi-Stunden überhaupt zu erheben, weil sie zu Recht befürchtete, dass dann die wahre Unterrichtssituation an den Gymnasien ans Licht käme und nicht mehr vertuscht werden könnte wie bisher.

Schon eine überschlägige Berechnung zeigt, dass – schon bei einer einzigen Mehrstunde pro Gymnasiallehrer im Rahmen des "Flexiblen Unterrichtseinsatzes" – umgerechnet ca. 18.000 Stunden, also 765 Lehrkräfte, an den Gymnasien fehlen; tatsächlich dürfte die Zahl aber weitaus höher sein, da wir von zahlreichen Lehrkräften wissen, dass sie 5, 8 oder 10 Jahreswochenstunden vor sich herschieben (müssen), die angesichts der weiterhin problematischen Unterrichtssituation auch jetzt nicht abgebaut werden können, wie das allein schon rechtlich erforderlich wäre.

Doch mit diesem Versteckspiel – das ist dem Minister in unserem Gespräch offensichtlich klar geworden – muss jetzt endlich Schluss sein. Er stimmte uns uneingeschränkt zu, dass es dringend erforderlich ist, die Zahl dieser "Flexi-Überstunden" zu erheben. Die Modalitäten dazu sollen jetzt im MK geklärt werden – eine wichtige und erfreuliche Zusage, die langjährigen Forderungen auch unserer Vertreterversammlungen entspricht.

#### Flexiblen Ausgleich von Arbeitszeitkonten und Auszahlung ermöglichen

Einen breiten Raum in dem Gespräch nahmen zudem unsere konkreten Vorschläge ein, um kurzfristig Unterrichtskürzungen und Unterrichtsausfall zu vermeiden – Vorschläge, die aus der Praxis der Schule

erwachsen sind und schnell umgesetzt werden könnten.

So ist es geradezu paradox und kontraproduktiv, dass Anträge von Lehrkräften, die zur Sicherung der Unterrichtsversorgung den Ausgleich ihrer auf dem Arbeitszeitkonto angesparten Stunden unterbrechen wollen, von der Schulbehörde – den Rechtsvorschriften entsprechend – abgelehnt werden. Der Minister hat zugesagt, diese Rechtsvorschriften umgehend zu überprüfen und möglichst schnell Änderungen in die Wege zu leiten.

Ähnliches gilt für die Möglichkeit, sich auf dem Arbeitszeitkonto noch verbliebene Stunden jetzt auszahlen zu lassen, wie das vielfach gewünscht wird. Auch dies ist derzeit rechtlich nicht möglich, obwohl es für die Unterrichtsversorgung sinnvoll wäre. Dabei müssen zudem für vollbeschäftigte Lehrkräfte, so unsere Forderung, die unangemessen niedrigen Sätze der derzeitigen Mehrarbeitsvergütung dringend erhöht

werden. Auch diesen Sachverhalt will der Minister prüfen.

#### Den Worten müssen Taten folgen

Insgesamt, dieses Resümee ziehen wir gern, war es ein gutes und konstruktives Gespräch, das neue Perspektiven des Miteinanders eröffnen kann. Dazu wird sich

der Minister an seinen Worten messen lassen müssen, und seinen Worten müssen jetzt schnell die Taten folgen, von denen er sprach, damit Verbesserungen für die Schulen und Lehrkräfte umgehend wirksam werden können.

Die Gespräche mit dem Minister werden in Kürze fortgesetzt. Dann wird es um die zu hohe Arbeitszeit, um die schlechten Arbeitsbedingungen und um fehlende Anrechnungsstunden gehen – aber auch um die Altersermäßigung, von der sich die rot-schwarze Landesregierung – trotz ihrer entsprechenden Koalitionsvereinbarung – jetzt mit fadenscheinigen Gründen trennen möchte – mit Bumerang-Effekt, wie wir hinzusetzen wollen.



## EILMELDUNG

## +++ Ein Unding: Altersermäßigung soll einkassiert werden! +++

Nach vielen politischen Gesprächen hatten wir es durchgesetzt: in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU wird die Wiedereinführung der von der vorigen Landesregierung gestrichenen Altersermäßigung zugesagt. Lehrkräfte über 55 Jahre, so die Koalitionsvereinbarung, sollen eine zusätzliche Entlastung erhalten.

Doch hiervon wollen die Regierungsparteien jetzt nichts mehr wissen. Die Wiedereinführung der früheren Altersermäßigung für alle Lehrkräfte ab 55 sei, so das Kultusministerium, "nicht darstellbar", d.h.: nicht finanzierbar – denn der Haushalt sei eben begrenzt. Und es gebe stattdessen Überlegungen für eine bessere Besoldung für Grund-/Haupt- und

Realschullehrkräfte, die künftig nach A 13 besoldet werden sollen.

Wir meinen: Die Wiedereinführung der Altersermäßigung ab 55 für alle Lehrkräfte muss – der Koalitionsvereinbarung entsprechend – endlich erfolgen und darf nicht, wie jetzt beabsichtigt, einkassiert werden!

## Aus unserer Verbandsarbeit

## Hitze in Klassenzimmern unzumutbar

Die heißen Tage waren für Schüler und Lehrer unerträglich, die hohen Temperaturen in vielen Schulgebäuden nicht auszuhalten. Da hilft auf Dauer auch kein Hitzefrei: Die Gebäude müssen entsprechend ausgestattet werden! Wir haben den Kultusminister aufgefordert, die Schulbaurichtlinien zu ändern und so die Schulträger zu verpflichten, unverzüglich erforderliche Maßnahmen zu ergreifen. Denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

#### Doppelte Belastung bei Abordnungen

"Ich soll an der Schule, zu der ich mit 6 Stunden abgeordnet bin, Aufsichten machen, an allen Konferenzen und Dienstbesprechungen und auch am Schulprogramm mitarbeiten – muss ich das tun?" So oder ähnlich sehen Anfragen von Mitgliedern aus, die uns derzeit täglich erreichen. Wir meinen: Doppelbelastungen durch Tätigkeit an zwei Schulen dürfen nicht entstehen! Wir erwarten, dass der Kultusminister solche Belastungen unverzüglich unterbindet.

## Oberstufe und Abitur: neue Rechtsbestimmungen

Fast schon niedersächsische Tradition: Rechtsbestimmungen liegen zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch nicht vor. So verhält es sich dieses Mal mit den Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnungen, die im Januar im Entwurf vorgelegt worden waren und zum 1.8.2018 in Kraft treten sollten. Ohne Worte! Aktuell heißt es, es wird in Kürze alles vorliegen, so dass wir umgehend unseren bewährten Sonderdruck mit den Rechtsvorschriften erstellen können.

# Vertreterversammlung 2018 vor wichtigen Sach- und Personalentscheidungen

Die Vorbereitungen für unsere diesjährige Vertreterversammlung laufen auf Hochtouren: In diesen Tagen erfolgt der öffentliche Aufruf an den Schulen mit gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagungsschwerpunkte, und am 28. und 29. November werden dann wieder über 300 Delegierte aus den Gymnasien, Gesamtschulen und Studienseminaren in Goslar zusammenkommen, um in der derzeit für die niedersächsischen Schulen misslichen Situation Zeichen zu setzen sowie mit der Behandlung der dann vorliegenden Anträge und ihrer Beschlussfassung richtungsweisende Impulse zu geben. Nach drei Jahren Amtszeit stehen auch die Wahlen für den Geschäftsführenden Vorstand auf der Tagesordnung.

## Vertretertag mit hohen Erwartungen an Kultusminister Tonne

Die aus den weiterhin zahlreichen ungelösten Problemen in den Schulen resultierende "miese" Stimmung ist in geradezu erschreckender Deutlichkeit zum Schuljahresbeginn auch in zahlreichen Medienberichten sichtbar geworden, und es hat sich gezeigt, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Mit besonderer Spannung erwarten daher Gäste wie Delegierte von den Ausführungen des Kultusministers in der öffentlichen Veranstaltung zur Eröffnung der Vertreterversammlung richtungsweisende Aussagen zu einem in der Schul- und Bildungspolitik dringend erforderlichen und notwendigen Wandel. Denn ein "Weiter so wie bisher", das wird immer deutlicher, kann und darf es nicht mehr geben, und die Zeit für klare Aussagen des Ministers ist mehr als überreif.

## Anträge an die VV bis 19. September einreichen

Die Anträge an die Vertreterversammlung, die bis zum 19. September eingereicht sein müssen, werden auch in diesem Jahr unzählige Beispiele zu den zahlreichen Mängeln liefern, die heute die Arbeit in unseren Schulen belasten und erschweren, und zeigen, wie viele Fragen weiterhin ungelöst sind. So werden die Anträge auch einer größeren Öffentlichkeit ein zutreffendes und gutes Spiegelbild davon liefern, wo überall in den Schulen der Schuh drückt und welche Veränderungen und Korrektu-



Seit vielen Jahren gibt der PHVN auf seiner VV in Goslar (hier 2015) richtungsweisende Impulse für die niedersächsische Bildungspolitik.

ren im Wortsinn "not"wendig sind, damit die Gymnasien ihren Beitrag für ein leistungsfähiges Schulwesen leisten können.

#### Jedes Verbandsmitglied kann als Delegierter benannt werden

Die Nachfragen aus den Schulen von Mitund Nichtmitgliedern, welche Möglichkeiten gegeben sind, an der VV teilzunehmen, kann man in diesem Jahr als außergewöhnlich groß bezeichnen, was in erfreulicher Weise den zunehmenden Willen vieler zeigt, sich zu engagieren und ihren Beitrag zu leisten. Nichtmitglieder können – möglichst nach vorheriger Anmeldung – an der öffentlichen Veranstaltung zur Eröffnung der Vertreterversammlung mit Minister Tonne am Vormittag des 28. November teilnehmen.

Jedes Verbandsmitglied kann grundsätzlich von seinem Ortsverband als Delegierter benannt werden. Wenn Sie als Mitglied des Philologenverbandes Interesse an der Teilnahme an der VV als Delegierter haben, so wenden Sie sich bitte an Ihren Ortsverbandsvorsitzenden; den Kontakt stellt gerne auch der Vertrauensmann des Philologenverbandes an Ihrer Schule oder unsere Geschäftsstelle her.

Die Ortsverbandsvorsitzenden des Philologenverbandes haben für die diesjährige VV bereits die entsprechenden Informationen und Vordrucke für die Benennung ihrer Delegierten, die bis zum 19. September erfolgen muss, erhalten. Dabei ist zu beachten, dass sich die Zahl der für jeden Ortsverband zur Verfügung stehenden Plätze

nach der Anzahl der Mitglieder des Ortsverbandes richtet.

Damit eine möglichst gute und breite Vertretung der Basis erreicht wird, sieht außerdem eine zusätzliche Satzungsvorschrift vor, dass jede Schule eines Ortsverbandes, die mindestens drei Mitglieder hat, einen Delegierten entsenden kann. Damit möchten wir unterstreichen, dass möglichst jede Schule - im Sinne basisorientierter Meinungsbildung – auf der VV vertreten sein soll und in die Beratungen und Beschlussfassungen eingebunden ist. Den Delegierten entstehen keine Kosten: Die Reisekosten - Fahrtkosten, Übernachtung, Verpflegung - übernimmt der Philologenverband. Hinweisen möchten wir auch noch darauf, dass die Teilnahme an der Vertreterversammlung durch Sonderurlaub für gewerkschaftliche Zwecke ermöglicht wird. Die Freistellung erfolgt gemäß Nds. SUrIVO § 3 (1), 2.; entsprechende Anträge sind an die Schulleitungen zu richten.

### Seminare des PHVN

## Leitungsaufgaben in der eigenverantwortlichen Schule

Seminar für stv. Schulleiter, Koordinatoren und Steuergruppenmitglieder 18. und 19. Oktober 2018, Bad Münder

#### Fortbildung für Bewerberinnen und Bewerber auf Funktionsstellen A14/A15

2. und 3. November 2018, Bad Münder

Anmeldung und Programm finden Sie unter "Veranstaltungen" auf unserer Homepage und auf Facebook.

## Inklusion: Neuausrichtung dringend erforderlich

### Abschaffung von Förderschulen ist der falsche Weg

Inklusion in der bisherigen Form ist gescheitert, eine Neuausrichtung dringend erforderlich - diese Feststellung der Landesregierung NRW hat auch in Niedersachsen die Debatte um die Inklusion neu belebt. Nicht eine möglichst hohe Inklusionsquote sei entscheidend für das Kindeswohl, so NRW, sondern die Qualität von Inklusion – und dies beinhalte die Schulwahl zwischen Regelschule und Förderschule. Denn "wer über Inklusion redet, muss auch über Förderschulen sprechen", so die Auffassung in NRW, da es darum gehe, "alle Schüler bestmöglich zu fördern und für sie den bestmöglichen Förderort zu finden". Ein Nebeneinander von Förderschule und Regelschule, so NRW, ist daher der einzig richtige Weg.

Von dieser Einsicht ist die niedersächsische Landesregierung noch weit entfernt. Obwohl auch hier die Probleme der Inklusion immer deutlicher zutage treten, entziehen sich SPD und CDU weiterhin hartnäckig der dringend erforderlichen Konsequenzen. So ist die in den Medien verbreitete ministerielle Freude über ein Ansteigen der Inklusionsquote bei genauer Betrachtung blanker Zynismus – denn wenn allein bei den Förderschulen Lernen von insgesamt 129 Schulen jetzt lediglich nur noch 51 befristet – weitergeführt werden dürfen, bedeutet das schon jetzt die Schließung von 78 Förderschulen. Betroffene Schüler müssen folglich nolens volens an eine andere Schule wechseln, ohne Rücksicht auf ihre tatsächlichen Unterstützungs-Bedürfnisse, was auch noch als politischer Erfolg verkauft wird. Die schulische Wahlfreiheit der Eltern wird so durch die Hintertür ausgehebelt, und die verbal vielfach bemühte Orientierung am Kindeswohl ist damit nicht mehr als eine Floskel.

NRW hingegen zeigt uns, wie durch ein echtes Miteinander von Förderschulen und sog. Regelschulen sowie eine konsequente personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen eine wirkliche Trendwende eingeleitet werden kann. Doch in Nieder-

sachsen, so scheint es, versperren die ideologischen Scheuklappen der alten rot-grünen Regierung auch Rot-Schwarz weiterhin den Blick auf die Realität an den Schulen: Fehlende Sozialpädagogen, inhaltlich und zeitlich überforderte Lehrer, große Lerngruppen, keine individuellen Betreuungsmöglichkeiten machen die Situation für unterstützungsbedürftige Schüler, aber auch für Schüler ohne Unterstützungsbedarf, vielfach unzumutbar.

Die Regierung versteckt sich hinter gefährlichen Placebos wie der befristeten Verlängerung der Förderschule Lernen oder unsinnigen Inklusionsquoten, statt die Probleme offen und nachhaltig anzugehen. Auch Niedersachsen braucht endlich eine Neuausrichtung in der Inklusion. Bleibt zu hoffen, dass die große Koalition endlich ehrlich Bilanz zieht und schnell die Kraft für ein echtes Umsteuern findetzum Wohl dieser Kinder, die wirkliche Hilfe und Förderung benötigen.

## Unsere Personalräte für Ihre Interessen

## Schulbezirkspersonalrat Braunschweig



Ortrud-Christine Rotzoll Tel.: 05331-8852807 rotzoll@phvn.de



Jörg Uhlig Tel.: 0551-373468 uhlig@phvn.de



Martina Hadenfeldt Tel.: 0551-34026 hadenfeldt@phvn.de



Petra Weiß
Tel.: 0174-5425443
weiss@phvn.de

In den Schulbezirkspersonalräten Braunschweig und Hannover hat es personelle Veränderungen gegeben – Anlass für uns, Ihnen noch einmal einen Überblick über unsere Personalräte zu geben, die sich im Schulbezirkspersonalrat dieser beiden Regionalabteilungen zuverlässig um Ihre Anliegen kümmern und bei strittigen Fragen in Ihrer Dienststelle engagierte und sachkundige Partner Ihres Schulpersonalrates sind.

#### zirkspersonalrat Braunschweig sowie Frau Barbara Schneider, Schulbezirkspersonalrat Hannover, sehr herzlich für ihre kompetente und engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren. Ihre Tätigkeit wird in Braunschweig von Frau Petra Weiß in

Wir danken Frau Sylvia Burde, Schulbe-

gangenen Jahren. Ihre Tätigkeit wird in Braunschweig von Frau Petra Weiß, in Hannover von Herrn Florian Rossol fortgesetzt.

## Schulbezirkspersonalrat Hannover



Cord Wilhelm Kiel Tel: 05151-403465 kiel@phvn.de



Jana Meister Tel.: 05155-2819212 meister@phvn.de



**Beatrix Grögel** Tel.: 05105-8977 groegel@phvn.de



Florian Rossol Tel.: 05175-930382 rossol@phvn.de

















